

Vertrag über eine Auftragsverarbeitung  
nach Art. 28 Abs. 3 DSGVO  
Anhang zum Vertrag „Beratung und Consulting für TK-Dienste“

zwischen

siehe Angaben zum Kunden

im Folgenden „AG“ (Auftraggeber) genannt

und

der municall digital GmbH  
Schatzbogen 62  
81829 München

im Folgenden „AN“ (Auftragnehmer) genannt

alle gemeinsam im Folgenden „Parteien“ genannt.

## 1. Begriffsdefinitionen

- 1.1. Personenbezogene Daten sind Informationen im Sinne des Art. 4 Nr. 1 DSGVO.
- 1.2. Verarbeitung ist jeder Vorgang im Sinne des Art. 4 Nr. 2 DSGVO.
- 1.3. Weisung ist eine von AG erlassene und an den AN gerichtete Anordnung hinsichtlich der Verarbeitung von personenbezogenen Daten. Bestehende Weisungen (z.B. aus diesem Vertrag) können vom AG durch einzelne Weisungen geändert, ergänzt oder ersetzt werden (Einzelweisung).

## 2. Gegenstand und Dauer des Auftrags

- 2.1. Dieser Vertrag regelt den Rahmen der datenschutzrechtlichen Rechte und Pflichten bei der Verarbeitung personenbezogener Daten (im Folgenden „AG-Daten“) durch den AN für den AG in dessen Auftrag und nach dessen Weisungen im Sinne des Art. 28 DSGVO.
- 2.2. Der AG beauftragt den AN mit der Beratung über Telekommunikations-Verträge und Tarif-Optimierung. Der Gegenstand der Verarbeitung geht im Einzelnen aus dem Hauptvertrag [aus der Beauftragung und den Allgemeinen Geschäftsbedingungen] hervor, auf den dieser Verarbeitungsvertrag Bezug nimmt.
- 2.3. Der Auftragnehmer nutzt die zur Verarbeitung überlassenen personenbezogenen Daten für keine anderen, insbesondere nicht für eigene Zwecke.
- 2.4. Der AG, oder der jeweilige AG des AG, ist Verantwortlicher im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO. Er entscheidet über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten.
- 2.5. Der AN wird AG-Daten entsprechend der Weisungen des AG im Auftrag des AG, unter Einhaltung der organisatorischen und technischen Vorgaben i.S.d. Ziff. 4 verarbeiten. Hierbei verpflichtet sich der AN besonders zu beachten:
  - die technischen und organisatorischen Maßnahmen (Ziff. 4)

- die Wahrung der Betroffenenrechte (Ziff. 5)
  - die besonderen datenschutzrechtlichen Pflichten (Ziff. 6)
  - die Vorgaben zu Unterauftragsverhältnissen (Ziff. 7)
  - die Kontrollrechte des AG und eines anderen Verantwortlichen (Ziff. 8)
  - die Mitteilungspflichten (Ziff. 9)
  - das allgemeine Weisungsrechts des AG (Ziff. 10)
  - die Rückgabe- und Löschpflichten (Ziff. 11)
- 2.6. Die Laufzeit dieses Vertrages richtet sich nach der Laufzeit des Hauptvertrages (Ziff. 2.2) sofern sich aus den Bestimmungen dieser Anlage nicht darüber hinausgehende Verpflichtungen ergeben.

- 2.7. Die Parteien können diesen Vertrag jederzeit ohne Einhaltung von Kündigungsfristen aus wichtigem Grund kündigen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor,
- wenn ein schwerwiegender Verstoß des AN gegen gesetzliche Vorgaben, oder gegen Pflichten aus diesem Vertrag vorliegt,
  - wenn der AN eine Weisung des AG missachtet, oder
  - wenn der AN den Zugang des AG, des AG des AG, eines entsprechenden Beauftragten oder

einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu den Betriebsräumen, in denen AG-Daten aufgrund dieses Vertrages verarbeitet werden, vertrags- oder weisungswidrig verweigert.

2.8. Dieser Vertrag geht bei Widersprüchen bezüglich der Festlegung der datenschutzrechtlichen Pflichten, der Verantwortlichkeiten und den Konsequenzen allen anderen vertraglichen Regelungen vor, es sei denn, es wird mit ausdrücklichem Bezug auf diesen Vertrag etwas anderes vereinbart.

### 3. Umfang, Art und Zweck der vorgesehenen Verarbeitung, Datenarten und Kreis der Betroffenen

#### 3.1. Art der Verarbeitung (Art. 4 Nr. 2 DSGVO):

- Beratung und Verkauf von Internet-/Telefonverträgen, TK-Dienstleistungen
- Kundenbetreuung

#### 3.2. Art der personenbezogenen Daten (Art. 4 Nr. 1, 13, 14 und 15 DSGVO):

- Interessentendaten, Adressdaten
- Kundendaten: Adressdaten, Kommunikationsdaten (EVN, Einzelverbindungsanzeige)...
- Mitarbeiterdaten der betroffenen Kunden
- Mitarbeiterdaten der Parteien

#### 3.3. Kategorien betroffener Personen (Art. 4 Nr. 1 DSGVO):

- Interessenten der Handelspartner des AG
- Kunden der Handelspartner des AG
- Mitarbeiter der Parteien

### 4. Gewährleistung der technischen und organisatorischen Maßnahmen

4.1. Der AN bietet nach Maßgabe des Art. 28 Abs. 1 und 5 DSGVO hinreichende Garantien dafür, dass geeignete technischen und organisatorischen Maßnahmen durchgeführt werden, die gewährleisten, dass die Verarbeitung im Einklang mit der DSGVO und den Rechten der Betroffenen steht.

4.2. Der AN trifft geeignete technische und organisatorische Maßnahmen, die den Vorgaben des Art. 32 DSGVO entsprechen, um ein dem Risiko angemessenes Schutzniveau zu gewährleisten und unterstützt den AG bei der Einhaltung der in Art. 32 DSGVO genannten Pflichten. Der AN wirkt nach Maßgabe des Art. 28 Abs. 3 f) DSGVO bei der Erstellung einer Datenschutz-Folgenabschätzung i.S.d. Art. 35 DSGVO mit, sowie bei der vorherigen Konsultation der Aufsichtsbehörden gemäß Art. 36 DSGVO. Er hat dem AG die erforderlichen Angaben und Dokumente auf Anfrage zur Verfügung zu stellen. Der AN

erstellt ein Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten gemäß Art. 30 Abs. 2 DSGVO und übergibt dieses unaufgefordert dem AG.

4.3. Sofern die Auftragsvereinbarung vor Ort beim AG, beim Kunden oder per Fernwartung erfolgt, treffen die Pflichten aus dieser Ziffer 4 den AN nur soweit die technischen und organisatorischen Maßnahmen in seinem Machtbereich liegen.

4.4. Die technischen und organisatorischen Maßnahmen unterliegen sich fortwährend entwickelnden Stand der Technik. Falls gesetzliche oder vertragliche Regelungen eine Anpassung bzw. Überarbeitung der in der Anlage 1 aufgeführten Maßnahmen des AN erforderlich machen, wird dieser die Maßnahmen auf eigene Kosten unverzüglich anpassen bzw. überarbeiten.

4.5. Kommt trotz entsprechendem Verlangen des AG keine Einigung über die Angemessenheit der technischen und organisatorischen Maßnahmen zustande, kann der AG alle zwischen den Parteien geschlossenen Verträge, die eine Verarbeitung von AG-Daten vorsehen, mit einer Frist von 14 Tagen zum Monatsende kündigen. Die verbleibenden Vertragsbestandteile können gleichermaßen gekündigt werden, wenn das Festhalten an ihnen aufgrund der Kündigung eine unzumutbare Härte für eine Vertragspartei darstellen würde.

## 5. Betroffenenrechte und Betroffenenklagen

5.1. Der AN erhält die Weisung, dem AG unverzüglich mitzuteilen, wenn ein Betroffener seine Rechte gemäß Art. 15 - 21 DSGVO i.V.m. §§ 34, 35, 36 BDSG geltend macht. Ebenso wird der AN dem AG unverzüglich darüber informieren, wenn ihm eine Klage auf Grundlage des Art. 82 DSGVO zugeht.

5.2. Der AN wird ausschließlich nach Weisung des AG auf Betroffenenanfragen dieser Art reagieren.

5.3. Die Regelungen der Ziffern 5.1 und 5.2 gelten Analog bei Anfragen und Prüfungen der Datenschutzaufsichtsbehörden, soweit AG-Daten mindestens mittelbar von solch einer Anfrage oder Prüfung berührt sind.

5.4. Der AN stellt sicher, dass Sperrungen von Daten sowie untersagte Verarbeitungen rechtskonform umgesetzt werden.

## 6. Besondere datenschutzrechtliche Pflichten des AN

6.1. Datengeheimnis: Den mit der Verarbeitung der AG-Daten beschäftigten Personen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu verarbeiten (Datengeheimnis). Diese Personen sind bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit in geeigneter Weise und nachprüfbar auf das Datengeheimnis gemäß Art. 28 Abs. 3 S. 2 lit. b DSGVO zu verpflichten. Das Datengeheimnis muss auch nach Beendigung der Tätigkeit fortbestehen. Soweit andere Geheimhaltungsverpflichtungen (Fernmeldegeheimnis, Sozialgeheimnis, etc.) zu wahren sind, wird der AN seine Beschäftigten entsprechend verpflichten.

Der AN hat bei der Auswahl und dem Einsatz der Beschäftigten sicherzustellen, dass diese die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz beachten und die aus der Sphäre des AG erlangten Informationen nicht an Dritte weitergeben oder zu einem anderen Zweck als dem Beauftragten verarbeiten (Art. 29 DSGVO).

Der AN wird auf Anforderung für den AG innerhalb von fünf Werktagen eine vollständige und jeweils aktuelle Liste der Beschäftigten, welche mit der Verarbeitung AG-Daten befasst sind bzw. vormals befasst waren, zur Einsicht bereit halten (Vorname, Name, einschl. eines verifizierbaren Nachweises über die Verpflichtung).

6.2. Der AN hat bei der Erstellung und Aktualisierung der Verarbeitungsübersicht des AG mitzuwirken. Dies umfasst nur Verarbeitungstätigkeiten die im Rahmen der Auftragsverarbeitung für den AG vorgenommen werden.

6.3. Der AN unterstützt den AG gemäß Art. 28 Abs. 3 e) DSGVO mit geeigneten technischen

und organisatorischen Maßnahmen, damit dieser seine Pflichten gegenüber den Betroffenen i.S.d. Kapitel 3 der DSGVO erfüllen kann.

#### 7. Begründung von Unterauftragsverhältnissen (Subunternehmer)

7.1. Dem AN ist es gestattet Subunternehmer zur Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten einzusetzen, sofern er den AG rechtzeitig (grundsätzlich 6 Wochen) vor der Datenverarbeitung hierüber informiert (Art. 28 Abs. 2 DSGVO). Zudem muss der AN dafür Sorge tragen, dass er den Subunternehmer unter besonderer Berücksichtigung der Eignung der von ihm getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen sorgfältig ausgewählt hat (Art. 28 Abs. 1 DSGVO).

7.2. Eine Einsetzung von in Drittländern ansässigen Subunternehmern darf nur erfolgen, wenn zusätzlich die besonderen Voraussetzungen der Art. 44 – 50 DSGVO erfüllt sind.

7.3. Widerspricht der AG nicht innerhalb von 4 Wochen nach Erhalt der Information, akzeptiert er die Einsetzung als genehmigt im Sinne dieses Vertrages. Der AG kann der Einsetzung eines Subunternehmers nur dann widersprechen, wenn dies ansonsten eine objektive Verschlechterung des bestehenden Datenschutzniveaus zur Folge hätte.

7.4. Der AN stellt sicher, dass der Subunternehmer gegenüber dem AN in entsprechender Weise verpflichtet ist, wie der AN gegenüber dem AG nach dieser Vereinbarung verpflichtet ist. Der AN hat die Einhaltung dieser Pflichten des Subunternehmers, insbesondere die Einhaltung der dort vereinbarten technischen und organisatorischen Maßnahmen, vor Beginn der Datenverarbeitung und sodann regelmäßig zu überprüfen. Das Ergebnis ist zu dokumentieren.

7.5. Der AN stellt ferner sicher, dass der AG gegenüber dem Subunternehmer die gleichen Kontrollrechte eingeräumt bekommt wie der AG sie gegenüber dem AN selbst hat.

7.6. Der AN haftet gegenüber dem AG dafür, dass der Subunternehmer den Datenschutzpflichten nachkommt, die ihm durch den AN im Einklang mit 7.1, 7.4 sowie 7.5 vertraglich auferlegt wurden.

7.7. Zurzeit verarbeiten folgende Subunternehmer, personenbezogenen Daten im Auftrag des AN:

- \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_

Der AG gestattet den Einsatz dieser Subunternehmer, soweit jeweils die Pflichten aus 7.1, 7.4 sowie 7.5 erfüllt wurden.

#### 8. Kontrollrechte des AG, Mitwirkungs- und Duldungspflichten des AN

8.1. Der AG, der Auftraggeber des AG oder dessen schriftlich Beauftragter haben das Recht, die Befolgung sämtlicher Weisungen und Bestimmungen dieser Vereinbarung durch den AN zu verlangen und nach schriftlicher Vorankündigung von vierzehn (14) Werktagen (mit sachlichem Grund - insbesondere nach Beschwerdefällen auch ohne schriftliche Ankündigung), zu den üblichen Geschäftszeiten zeitlich und räumlich unbeschränkt, auf dem Grundstück und in den Geschäftsräumen des AN zu kontrollieren.

8.2. Dies umfasst insbesondere die Überprüfung der technischen und organisatorischen Maßnahmen vor Beginn der Datenverarbeitung und weitere regelmäßige Überprüfungen, insbesondere der geforderten Datenschutz- und Sicherheitsmaßnahmen.

8.3. Der AN verpflichtet sich entsprechende Überprüfungen zu dulden, Zugang, Auskunft und Einsicht in alle dazu erforderlichen Unterlagen und Datenverarbeitungssysteme zu gewähren.

8.4. Über die Kontrolle und deren Ergebnisse ist ein Protokoll anzufertigen, das vom AG, dem Auftraggeber des AG und AN bzw. deren Beauftragte zu unterzeichnen ist.

## 9. Mitteilungspflichten des AN

9.1. Der AN wird den AG unverzüglich von jedem Empfang von Anfragen, oder Aufforderungen von einem Betroffenen, oder einer Datenschutzaufsichtsbehörde bezüglich des Gegenstandes dieses Vertrages, insbesondere nach Ziff. 5.1, informieren.

9.2. Dem AN ist bekannt, dass der AG verpflichtet ist, umfassend alle Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten zu dokumentieren und gegebenenfalls der Datenschutzaufsichtsbehörde bzw. den Betroffenen binnen 72 Stunden zu melden (Art. 33 DSGVO). Sofern es zu solchen Verletzungen gekommen ist, wird der AN den AG bei der Einhaltung seiner Meldepflichten unterstützen. Er wird die Verletzungen dem AG melden und hierbei zumindest folgende Informationen bereitstellen:

- Eine Beschreibung der Art der Verletzung, der betroffenen Datenkategorien sowie die ungefähre Zahl der Betroffenen und Datensätze.
- Name und Kontaktdaten eines Ansprechpartners für weitere Informationen.
- Eine Beschreibung der wahrscheinlichen Folgen der Verletzung.
- Eine Beschreibung der ergriffenen Maßnahmen zur Behebung oder Abmilderung der Verletzung.

9.3. Mitteilungen nach Ziff. 9.1 und 9.2 müssen unverzüglich, jedoch nicht später als innerhalb von 24 Stunden, in Textform (z.B. Brief, Telefax oder E-Mail) übermittelt werden.

## 10. Weisungsrecht des AG, Haftungsfreistellung

10.1. Der AN verarbeitet AG-Daten ausschließlich im Rahmen dieser vertraglichen Vereinbarung und weiterer Weisungen des AG.

10.2. Der AG wird weitere Weisungen (Fern-)mündlich, per Brief, Fax oder E-Mail erteilen. (Fern-)mündlich erteilte Weisungen sind vom AN zu dokumentieren.

10.3. Weisungsberechtigt sind die Geschäftsführer des AG sowie die jeweiligen Kontaktpersonen des AN beim AG.

10.4. Ist der AN der Ansicht, dass eine Weisung gegen die DSGVO oder sonstige Datenschutzvorschriften der Europäischen Union bzw. der Bundesrepublik Deutschland verstößt, weist der AN den AG unverzüglich per Brief, Telefax oder E-Mail darauf hin. Der AN ist berechtigt, die Durchführung der entsprechenden Weisung so lange auszusetzen, bis sie vom AG ausdrücklich bestätigt wird.

10.5. Der AN ist gegenüber dem AG verantwortlich für die Einhaltung seiner Verpflichtungen aus diesem Vertrag. Sofern Verstöße des AN gegen die Bestimmungen dieses Vertrags oder Einzelweisungen des AG zu Rechtsverletzungen führen, stellt der AN den AG von Ansprüchen Dritter frei; außerdem übernimmt der AN die erforderlichen Kosten der Rechtsverteidigung.

10.6. Der AN darf Verarbeitungen von AG-Daten nur dann ohne Weisung des AG durchführen, wenn er aufgrund einer Vorschrift der DSGVO oder einer sonstigen Rechtsvorschrift der Europäischen Union bzw. eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union, der der AN unterliegt, hierzu verpflichtet ist. Der AN informiert den AG hierüber bevor er mit der Verarbeitung beginnt, soweit ihm eine solche Mitteilung nicht durch eine anwendbare Rechtsvorschrift untersagt ist.

#### 11. Rückgabe- und Löschungspflichten

11.1. Sofern keine gegenteilige Weisung erteilt wird, hat der AN dem AG bei Beendigung des Auftrags die ihm überlassenen Datenträger und Dokumente herauszugeben.

11.2. Weiterhin sind bei Beendigung des Auftrags vom AN verwendete AG-Daten – wenn nicht bereits zuvor geschehen – zu löschen, zu vernichten oder dem AG zu übergeben.

11.3. Auf Anfrage des AG bestätigt der AN, dass der AN die überlassenen Daten vollständig zurückgegeben, vernichtet bzw. unwiederbringlich gelöscht hat.

11.4. Dokumentationen, die dem Nachweis der ordnungsgemäßen Datenverarbeitung dienen, sind vom AN für mindestens drei Jahre nach Ende Ihrer Geltungsdauer aufzubewahren. Der AN kann bei Vertragsende die Dokumentationen zu seiner Entlastung dem AG übergeben.

11.5. Die Pflicht zur Löschung bzw. Vernichtung besteht nicht, solange eine gesetzliche Aufbewahrungspflicht entgegensteht.

#### 12. Haftung und Schadensersatz

AG und AN haften gegenüber betroffener Personen entsprechend der in Art. 82 DSGVO getroffenen Regelung.

#### 13. Schlussbestimmungen

13.1. Sollte Eigentum des AG beim AN durch Maßnahmen Dritter (z.B. Pfändung, Beschlagnahme), durch ein Insolvenzverfahren oder durch sonstige Ereignisse gefährdet sein, so hat der AN den AG unverzüglich hierrüber in Kenntnis zu setzen. Ein Zurückbehaltungsrecht in Bezug auf Datenträger oder Datenbestände des AG ist ausgeschlossen. Der Auftragnehmer wird alle in diesem Zusammenhang Verantwortlichen unverzüglich darüber informieren, dass die Hoheit und das Eigentum an den Daten ausschließlich beim Auftraggeber als Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung liegen.

13.2. Die Einrede des Zurückbehaltungsrechts i.S.d. § 273 BGB wird hinsichtlich der verarbeiteten Daten und der dazugehörigen Datenträger ausgeschlossen.

13.3. Änderungen und Ergänzungen dieser Anlage und aller ihrer Bestandteile – einschließlich etwaiger Zusicherungen des Auftragnehmers – bedürfen einer schriftlichen Vereinbarung und des ausdrücklichen Hinweises darauf, dass es sich um eine Änderung bzw. Ergänzung dieser Bedingungen handelt. Die Änderung bzw. Ergänzung kann auch in einem elektronischen Format (Textform) erfolgen (Art. 28 Abs. 9 DSGVO).

13.4. Bei etwaigen Widersprüchen gehen Regelungen dieses Vertrages zum Datenschutz den Regelungen des Hauptvertrages (Ziff. 2.2) vor. Sollte eine der vorliegenden Regelungen unwirksam sein, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen.

13.5. Die Anlage 1 (Technische und organisatorische Maßnahmen) ist Bestandteil dieses Vertrags.

13.6. Es gilt deutsches Recht.





## Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) der municall digital GmbH für Beratung und Consulting für TK Dienste

### § 1 Geltung der Bedingungen

(1) municall digital GmbH vermittelt Telekommunikationsdienstleistungen. Für Beratungs- und Consulting-Leistungen, die municall digital GmbH im Zusammenhang mit Telekommunikationsprodukten und -dienstleistungen erbringt, gelten ausschließlich die nachfolgenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen (nachstehend "AGB").

(2) Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftraggebers werden selbst bei Kenntnis dieser nicht Vertragsbestandteil, es sei denn, ihrer Geltung wird durch municall digital GmbH ausdrücklich schriftlich zugestimmt.

### § 2 Geschäftsbeziehung und Leistung von municall digital GmbH

(1) Der Auftraggeber beauftragt municall digital GmbH mit der Beratung und Information über Telekommunikationsdienstleistungen und Telekommunikationsprodukte (im folgenden auch „Beratervertrag“). Die Beratung und Information von municall digital GmbH bezieht sich u.a. auf Internet-/Telefonverträge, Produkte und Produktneuheiten, Telefonanlagen, Datenübertragung, Tarife und Tarif-Optimierung.

(2) municall digital GmbH informiert den Auftraggeber für die Dauer des Beratervertrages über Telekommunikationsdienstleistungen und –produkte sowie besondere Angebote. Die Kontaktaufnahme erfolgt, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich, elektronisch und/oder telefonisch.

Zum Zweck der gezielten Beratung und Kundenbetreuung analysiert municall digital GmbH die individuellen Anforderungen unter Verwendung der Auftraggeber-Daten und der Einzelverbindungs nachweise.

(3) Verträge über Telekommunikationsleistungen und -produkte kommen ausschließlich zwischen dem Telekommunikationsdienstleister/Service-Provider (im folgenden „Provider“) zustande. Municall digital GmbH ist nur vermittelnd tätig und wird aus entsprechenden Verträgen weder berechtigt noch verpflichtet. Auch erbringt municall digital GmbH selbst keine Telekommunikationsleistungen.

### § 3 Mitwirkung Auftraggeber

(1) Voraussetzung für die Leistungserbringung ist der Abschluss des Vertrags über die Auftragsverarbeitung nach Art. 28 Abs.3 DSGVO (Anlage 1 zu AGB).

(2) Der Auftraggeber stellt municall digital GmbH die zur Beratung erforderlichen Informationen und Unterlagen auf Anforderung vollständig und inhaltlich zutreffend zur

Verfügung. Über etwaige Änderungen informiert der Auftraggeber municall digital GmbH unverzüglich.

(3) Der Auftraggeber sichert zu, dass alle Mitarbeiter und der Betriebsrat, soweit vorhanden, mit der Analyse der Einzelverbindungs nachweise (EVN) durch municall digital GmbH zu Informations- und Beratungszwecken einverstanden sind.

#### § 4 Haftung

(1) Leistungs- bzw. produktbezogene Informationen, insbesondere zu Leistungsumfang, Preis und Konditionen beruhen auf den Angaben der jeweiligen Provider. municall digital GmbH übernimmt keine Haftung für Verfügbarkeit, Aktualität, Vollständigkeit und Richtigkeit der Informationen. Verbindliche Zusagen und/oder Zusicherungen zu Produkten/Leistungen des Providers gibt municall digital GmbH nicht ab.

(2) municall digital GmbH berät den Auftraggeber unter Beachtung der allgemein anerkannten Prinzipien und Sorgfaltspflichten.

Für Schäden an Leben, Körper und Gesundheit, die auf einer fahrlässigen oder vorsätzlichen Pflichtverletzung von municall digital GmbH, seinen gesetzlichen Vertretern oder seinen Erfüllungsgehilfen beruhen sowie für Schäden, die von der Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz umfasst werden, haftet municall digital GmbH nach den gesetzlichen Bestimmungen.

municall digital GmbH haftet darüber hinaus auch für Schäden, die auf vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Vertragsverletzungen sowie auf Arglist beruhen. Dies gilt dies auch für die persönliche Haftung der Angestellten, Mitarbeiter, Vertreter und/oder Erfüllungsgehilfen von municall digital GmbH.

#### § 5 Vertragsdauer, Kündigung

(1) Der Beratervertrag ist auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.

(2) Er kann von jeder Partei unter Einhaltung einer Frist von 4 Wochen zum Monatsende gekündigt werden. Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

(3) Kündigungen haben in Textform zu erfolgen.

#### § 6 Verpflichtung zur Verschwiegenheit

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die von der anderen Partei zur Verfügung gestellten oder sonst im Verlauf der Geschäftsbeziehung bekanntgewordenen Informationen und Erkenntnisse technischer, kaufmännischer und sonstiger Art vertraulich zu behandeln und Dritten, insbesondere Wettbewerbern der anderen Vertragspartei, nicht zugänglich zu machen und ausschließlich zum vorbezeichneten Zweck der Zusammenarbeit zu verarbeiten und zu nutzen. Dies gilt insbesondere für in gemeinsamen Gesprächen und ausgetauschten Unterlagen vorgestellte und diskutierte Informationen und Erkenntnisse aus allen schutzwürdigen Unternehmensbereichen sowie Unternehmens- und Marktdaten.

(2) Die Weitergabe an Dritte ist ausnahmsweise zulässig, wenn sich dies aus einem zwischen den Parteien oder den mit Ihnen verbundenen Unternehmen bestehenden Vertragsverhältnis

ableiten lässt. Wenn es im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Parteien erforderlich wird, Dritte mit dem Umgang mit vertraulichen Informationen der jeweils anderen Partei zu betrauen oder zu gewähren, wird diese Vertragspartei hierzu vorher das ausdrückliche schriftliche Einverständnis der anderen Partei einholen und mit dem Dritten eine entsprechende schriftliche Vereinbarung treffen, um die Einhaltung dieser Vereinbarung sicherzustellen.

(3) Geheimhaltungspflichtige Informationen, Daten, Unterlagen und Muster werden die Parteien nur den Mitarbeitern zugänglich machen, die diese Informationen und Unterlagen kennen müssen. Auf Verlangen der jeweils anderen Partei sind alle Mitarbeiter, die im Rahmen der vorstehend beschriebenen Zusammenarbeit beauftragt sind, mit Kompetenzen und Pflichten namentlich zu nennen.

Die Parteien verpflichten sich, diese Unterlagen jederzeit auf Anforderung an die verfügungsberechtigte Partei zurückzugeben, keine Kopien oder Abschriften dieser Unterlagen zurückzubehalten und die übergebenen Informationen unwiederbringlich zu löschen und zu vernichten. Auf Anfrage einer Vertragspartei ist die Löschung und Vernichtung schriftlich zu bestätigen.

(4) Die vorgenannten Verpflichtungen nach § 6 der AGB gelten nicht für solche Informationen, Daten, Unterlagen und Muster, für die die empfangene Partei nachweisen kann, dass diese zum Zeitpunkt ihrer Übermittlung durch die bekanntgegebene Vertragspartei bereits offenkundig sind oder zum Stand der Technik gehören; ohne dass dies der Empfänger

- zu vertreten hat oder
- dem Empfänger von einem Dritten rechtmäßiger Weise ohne Geheimhaltungspflicht mitgeteilt bzw. überlassen werden oder
- vom Empfänger nachweislich unabhängig entwickelt worden sind
- von dem überlassenden Unternehmen zur Bekanntmachung schriftlich freigegeben worden sind.

## § 7 Schlussbestimmungen

(1) Mündliche Nebenvereinbarungen bestehen nicht. Alle Änderungen, Nebenabreden und Ergänzungen dieser AGB Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung dieser Klausel.

(2) Für die Vertrags- und Geschäftsbeziehung zwischen municall digital GmbH und dem Auftraggeber gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

(3) Die Ungültigkeit einer oder mehrerer Bestimmungen dieser AGB beeinträchtigt die Wirksamkeit der AGB im Ganzen nicht. Im Falle der Unwirksamkeit einer oder mehrerer Bestimmungen dieser AGB werden die Parteien für eine der unwirksamen Regelungen eine wirtschaftlich möglichst nahe kommende, rechtswirksame Ersatzregelung treffen.

(4) Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertragsverhältnis sowie über das Entstehen und dessen Wirksamkeit ist München.